

Sitzung	Hauptausschuss - öffentlich - 02.12.2014
Beratungspunkt	Beschaffung von Produkten unter Berücksichtigung des Verbots von ausbeuterischer Kinderarbeit
Anlagen	2
Finanzposition	
vorangegangene Beratungen	

Erläuterungen:

Mit Schreiben vom 25. September 2014 stellte die GUB-Fraktion einen Antrag zum Thema Beschaffung von Produkten unter Berücksichtigung des Verbots von ausbeuterischer Kinderarbeit, Anlage 1.

Im Antrag ist ein Entwicklungsprozess beschrieben, durch welchen die Stadtverwaltung durch ihre Vergabepraxis eine politische Kernbotschaft machen soll, die als wichtiges Signal an die Öffentlichkeit gehen soll, dass die Stadt eine Vorbildfunktion bei der Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit und bei der Förderung des fairen Handels übernimmt.

Dieses Ziel kann nur im Rahmen eines längeren Entwicklungsprozesses erreicht werden.

Zu den Pflastersteinen auf der Straße im Residenzviertel und auf dem Kirchhof ist zu bemerken, dass die dortige Ausschreibung sich auf europäische Steine bezog. Hier darf vom Ausschluss von Kinderarbeit ausgegangen werden.

Hinsichtlich des Verbots von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit wird auf die GT-Info vom 5. November 2014 (Anlage 2) verwiesen. Die Friedhofssatzung der Stadt Kehl wurde für rechtswidrig erklärt. In diesem Bereich ist die weitere Rechtsfortbildung abzuwarten. Parallel wird geprüft, ob eine Information an Hinterbliebene in die Friedhofssatzung aufgenommen werden kann.

Für die weiteren im Antrag dargestellten Bereiche ist vorgesehen, durch eine Dienst-anweisung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese zum dienstlichen Erwerb von Waren unter Berücksichtigung des Verbots von ausbeuterischer Kinderarbeit zu sensibilisieren. Es ist davon auszugehen, dass in vielen Bereichen die Anbieter auf Aufforderung eine Eigenerklärung abgeben werden, die sich auf die Berücksichtigung des Verbots von ausbeuterischer Kinderarbeit bezieht.

Die Umsetzung der Dienst-anweisung wird in einer Liste, unterteilt in die einzelnen städtischen Einrichtungen, aufgeführt.

Parallel hierzu soll die Öffentlichkeit durch Pressemitteilungen informiert werden, in welchen Bereichen die Stadtverwaltung Ziele umgesetzt hat.

2
3
4
5
6
BM

Beschlussvorschlag: Vom aktuellen Sachstand wird Kenntnis genommen.

Beratung: